

# Vorrang für Investitionen, Innovationen und Wachst- tum in Deutschland

Ein Programm für einen neuen  
Aufschwung am Wirtschaftsstandort  
Deutschland

Ein Positionspapier des  
Wirtschaftsforums der SPD e.V.

Deutschland steckt in einer wirtschaftlichen Stagnation und steht vor enormen Transformationsaufgaben. Um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern, braucht es eine klare Strategie und sofortige Maßnahmen. Dieses Positionspapier zeigt konkrete Wege auf, um Deutschland zukunftsfähig zu machen:

Die neue Bundesregierung muss ein schnell wirksames Signal an die Wirtschaft und die Bevölkerung geben, ein **Paket**, das aus drei Elementen besteht:

1. **Investitionsförderung:** Ein konjunktur- und arbeitsplatzwirksames Konjunktur- und Investitionsanreizprogramm, das noch im Steuerjahr 2025 wirksam wird, u.a. durch eine 10-prozentige Sofortabschreibung auf Investitionen der Wirtschaft und Anschaffungsprämien der Verbraucher (bei Anschaffung energiesparender Haushaltsgeräte oder E-Automobilen),
2. **Energiepreisentlastung:** Eine im zweiten Halbjahr 2025 wirksam werdende Deckelung der Netzentgelte insgesamt und zusätzliche Senkung der Netzentgelte für energieintensive Verbraucher – und die Einführung einer auf drei Jahre befristeten industriellen Strompreisbremse;
3. **Bürokratieentlastung:** Ein sofortiges Moratorium bei CSRD-Berichterstattung und Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz für den Mittelstand.

Die Wachstumsimpulse eines solchen Paketes werden für eine weitgehende mittelfristige Refinanzierung der Mehrausgaben und Mindereinnahmen des Staates sorgen und zugleich einen schnellen Stimmungswandel in Wirtschaft und Gesellschaft fördern, der die notwendige Aufbruchstimmung, Leistungsbereitschaft und Zukunftsoptimismus befördert.

Das **Wachstums- und Konjunkturpaket** muss von weiteren Maßnahmen im Rahmen eines von der Regierung unmittelbar anzugehenden Programmes (**100-Tage-Programm**) begleitet werden, das folgende Schwerpunkte beinhaltet:

- **Investitionen stärken:** Gezielte Sondervermögen, steuerliche Anreize und ein Deutschlandfonds für Zukunftstechnologien.
- **Industrie und Energie sichern:** Industriestrompreisbremse, Ausbau erneuerbarer Energien bei starken Netzstrukturen und Förderung klimafreundlicher Technologien.
- **Innovation fördern:** Fokus auf KI, Wasserstoffwirtschaft und strategische Zukunftsbranchen.
- **Arbeitskräfte mobilisieren:** Fachkräfte aus dem In- und Ausland gewinnen und Qualifikationsoffensiven starten.
- **Bürokratie abbauen:** Schnellere Genehmigungen, digitale Verwaltung und weniger Doppelregulierung.

Das deutsche Geschäftsmodell steht unter höchstem Anpassungsdruck und benötigt ein Update – Deutschland braucht neben unmittelbar wirksam werdenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein tragfähiges Standortkonzept. Das wird die wichtigste Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode sein. Dazu gehört auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und deren Finanzierung, damit der Anteil der Lohnnebenkosten nicht weiter über 40 Prozent ansteigt.

Nötig ist umgehendes Handeln der neuen Bundesregierung und eine klare Strategie, um die eklatante Wachstums-, Investitions- und Innovationsschwäche zu überwinden und den Standort Deutschland zukunftsfest zu machen. Der Erhalt und Ausbau einer auf Schlüsseltechnologien basierenden Industrie ist dabei zentral. Die neue Bundesregierung muss sich in einem ersten Schritt auf schnell umsetzbare und wirkungsvolle Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit verständigen. Dabei sind Maßnahmen mit nachhaltiger Wirksamkeit zu priorisieren. Das wird die wichtigste Aufgabe noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2025 sein.

Zugleich muss ein Dialog beginnen zwischen den demokratischen Parteien, den Tarifpartnern, der Wissenschaft und Gesellschaft, der die Verständigung auf einen neuen politisch-ökonomischen Grundkonsens des Landes zum Ziel hat. Dazu gehören auch eine Kultur des Förderns und Forderns sowie ein neues Mindset beim Thema Leistungsbereitschaft. Dies ist Voraussetzung für die Entwicklung eines erneuerten wirtschaftspolitischen Standortkonzeptes für Deutschland.

Dieses Impulspapier benennt und priorisiert konkrete Maßnahmen, um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern, die Dekarbonisierung voranzutreiben und Deutschlands Innovationskraft nachhaltig zu stärken. Diese Elemente sind Vorschläge sowohl für ein Sofortprogramm als auch ein Standortkonzept, das zu entwickeln ist.

## 1. Für eine zukunftsorientierte Standortpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und für die Transformation von Wirtschaft und Industrie

Im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode muss die Stärkung von Investitionen, Innovationen und Infrastrukturen stehen. Hierfür brauchen die Unternehmen gute, klare und vor allem beständige Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gilt es, einen wirksamen Instrumentenmix auf den Weg zu bringen:

- **Gezielte Sondervermögen**, z.B. für die Stärkung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundeswehr und eines Infrastrukturmodernisierungsprogramms;
- **Aufbau eines ausschließlich investiven (nicht konsumtiven) Deutschlandfonds** für Investitionen in Zukunftstechnologien und -branchen sowie zur Unterstützung strategischer Transformationsprojekte, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert (Startvolumen: 200 Mrd. Euro);
- **Weitere Mobilisierung von privatem Kapital**, etwa durch eine Reform der privaten Altersvorsorge, die schnellstmöglich auf den Weg zu bringen ist;
- **Eine investitionsorientierte Reform** der bisherigen Schuldenregel in Bund und Land;
- **Steuerliche Anreize für Investitionen** in die digitale und nachhaltige Transformation und die moderne Infrastruktur;
- **Etablierung eines Green Investment Marktes** für nachhaltige Finanzprodukte, um Investoren und Projekte zusammenzubringen;
- **Staatliche Bürgschaften für nachhaltige Projekte**: Absicherung von Investitionen in nachhaltige Technologien durch staatliche Garantien zur Risikominimierung;
- **Verlässliche steuerliche Anreize für Wohnungsbauinvestitionen**: Einführung von Abschreibungsvorteilen und Steuererleichterungen für Investitionen in den Neubau und die energetische Sanierung von Wohngebäuden;
- **Langfristige Förderprogramme für nachhaltigen Haus- und Wohnungsbau** zur Unterstützung von Bauprojekten, die soziale und ökologische Kriterien erfüllen, durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse;
- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** durch Ermöglicher-Regulierung, Abwägungsvorrang von der Transformation dienenden Projekten, Auflagen statt Ablehnungsgründe, Genehmigungsfiktionen, Digitalisierung;
- **Draghi-Bericht als Kompass für Europa**: Anregung eines Arbeitsprogrammes der Europäischen Kommission mit den Schwerpunkten Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen, Innovationsförderung und strukturelle Reformen auf der Basis des Letta- und Draghi-Reports; eine wettbewerbsfähige und wirtschaftlich resiliente EU braucht dringend die europäische Banken- und Kapitalmarktunion.

Das Signal muss lauten: Investitionen haben Priorität!

## 2. Industriepolitik zur Stärkung industrieller und technologischer Schlüsselbranchen

Deutschlands industrielle Stärke ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Wohlstands. Der Standort Deutschland muss international wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. Hierzu gehört zentral die Sicherstellung bezahlbarer und nachhaltiger Energie:

- **Ausbau erneuerbarer Energien:** Die Rahmenbedingungen für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen weiter vereinfacht und verbessert werden. Hierzu gehört, dass das Verständnis des Vorranges in allen Genehmigungs-, Denkmalschutz- und weiteren Behörden konsequent gelebt wird;
- **Infrastrukturen:** Ohne starke Netze keine sichere Energieversorgung. Ohne stabile Regulierung, die die Herausforderungen der Energiewende mitdenkt, kein verlässlicher Netzausbau;
- **Senkung der Netzentgelte:** Die Regulatorik muss neu gedacht werden; die Systemkosten müssen anreiz- und verursachergerechter verteilt werden. Die energieintensiven Industrien müssen nach angereiztem Ausschöpfen ihres Flexibilitätspotenzials so behandelt werden, dass ihr Verbleib und ihre Produktion in Deutschland möglich bleibt;
- **Einführung eines Industriestrompreises:** Temporäre Entlastung für energieintensive Industrien durch gedeckelte Strompreise während ihrer Transformation;
- **Förderung langfristiger Stromlieferverträge (PPAs):** Unterstützung von PPAs zwischen Unternehmen und Erzeugern erneuerbarer Energien zur Sicherung stabiler und kalkulierbarer Energiekosten;
- **Investitionen in Energieeffizienz und Eigenversorgung:** Zusätzliche Fördermittel für Unternehmen, die in energieeffiziente Produktionsverfahren und emissionsparende Eigenstromerzeugung investieren;
- **Gezielter Einsatz von Klimaschutzverträgen** zur Unterstützung der industriellen Transformation;
- **Einführung eines Transformationsbonus:** Finanzielle Anreize für Unternehmen, die in Treibhausgasneutralität, Digitalisierung oder Modernisierung investieren;
- **Konsequenter Ausbau der Wasserstoffwirtschaft** durch Förderung von Forschung, Produktion und Infrastruktur;
- **Unterstützung des Marktes für grüne Gase** durch Einführung einer Grüngasquote entsprechend der europäischen REDIII;
- **Unterstützung von Carbon Capture and Storage (CCS)** und von Investitionen in CCS-Technologien zur Reduktion unvermeidbarer oder im Kreislauf eingesetzter CO<sub>2</sub>-Emissionen;
- **E-Mobilität stärken** durch eine gezielte Kaufprämie als auch durch steuerliche Anreize für den Erwerb und die Nutzung von E-Fahrzeugen (z.B. durch die Erhöhung der degressiven AfA oder die temporäre Befreiung batterieelektrischer Fahrzeuge von der Kfz-Steuer). Strategische Förderung des Hochlaufes durch den beschleunigten Ausbau von Ladeinfrastruktur (vor allem durch Vereinfachung des Baurechts) und z.B. die Entwicklung von Batteriezellfabriken;
- **Deutsche Rohstoffstrategie voranbringen** durch Ausbau internationaler Kooperationen, die Begleitung der Kreislaufwirtschaft (insbesondere die Unterstützung des Recyclings). Deutschland muss vor wirtschaftlichen und politischen Risiken (z. B. bei Lithium für Elektrofahrzeuge) stärker geschützt werden.

### 3. Förderung von strategischen Zukunftsbranchen, innovativen Technologien und Qualifikationen

Strategische Zukunftsbranchen wie Biotech, Greentech, Wasserstoff, erneuerbare Energien, Halbleiter, Robotik, Künstlicher Intelligenz (KI), Quantencomputing und Cloud-Technologien sind gezielter zu fördern. Es braucht verstärkte Investitionen in Forschung und Entwicklung, eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie gezielte Förderprogramme und innovative Finanzierungsinstrumente für vielversprechende Start-ups. Die Digitalisierung und der Einsatz von KI sind zentrale Hebel, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig zu steigern.

- **Investitionen in Forschung und Entwicklung:** Die gezielte Förderung von F&E im Bereich KI und Automatisierung soll Innovationssprünge ermöglichen, die auch in traditionellen Branchen wie der Industrieproduktion oder dem Gesundheitswesen genutzt werden können. Ziel muss ein F&E-Anteil von vier Prozent am BIP sein;
- **Strategische Partnerschaften, Cluster und Netzwerke ausbauen:** Unterstützung von Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Industrie zur Förderung des Technologietransfers in Schlüsselbranchen wie Biotechnologie, Elektromobilität und Wasserstoffwirtschaft;
- **Unterstützung von Start-ups in Zukunftstechnologien:** Einrichtung eines speziellen Innovationsfonds, um Start-ups in den Bereichen GreenTech, DeepTech und digitale Gesundheit zu fördern. Die Instrumente zur Wachstumsfinanzierung bis zur Skalierung von Start-ups müssen deutlich verbessert werden;
- **Flächendeckende Breitband- und 5G-Versorgung:** Beschleunigter Ausbau digitaler Netze, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und digitale Teilhabe zu ermöglichen;
- **Möglichkeiten zur Datennutzung verbessern:** Notwendig ist eine datennutzerfreundliche Ausgestaltung der DSGVO und die Reduktion von überlappender Gesetzgebung in unterschiedlichen Digitalgesetzen (AI Act, DMA, DSA, DSGVO);
- **Stärkung der europäischen Dateninfrastruktur:** Förderung von Projekten zur Entwicklung einer souveränen Cloud-Infrastruktur, die den sicheren Austausch und die Nutzung von Daten ermöglicht. Dies ist entscheidend, um die technologische Unabhängigkeit von internationalen Anbietern zu sichern;
- **Förderung von KI-Programmen für den Mittelstand:** Einführung eines speziellen Förderprogramms, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Nutzung von KI-Lösungen zu unterstützen. Dies umfasst finanzielle Anreize, Beratungsdienstleistungen und den Zugang zu digitalen Plattformen;
- **Förderung der industriellen Gesundheitswirtschaft:** Ausbau von Innovationsprogrammen für die Medizintechnologie, Pharmaindustrie und Biotechnologie, um den Gesundheitsstandort Deutschland zu stärken. Ziel ist es, die Entwicklung neuer Therapien, Medikamente und Diagnoselösungen zu beschleunigen;
- **Fokus auf nachhaltige Produktion und Kreislaufwirtschaft:** Investitionen in Recyclingtechnologien, nachhaltige Materialien und grüne Chemie sollen gefördert werden, um Ressourcen zu schonen und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern;
- **Digitale Bildung und Weiterbildung intensivieren:** Der Fokus muss darauf liegen, Fachkräfte in den Bereichen Datenanalyse, KI und Cybersicherheit zu qualifizieren, aber auch insgesamt die digitale Kompetenz in der Bevölkerung zu steigern.

## 4. Beschäftigung stärken, Ausbildung und Qualifizierung verbessern und Erwerbspersonenpotenziale ausweiten

Für Wachstum und den Erfolg der Transformation kommt es auf die Arbeitsmarktpolitik an. Bei Umbrüchen ist eine gezielte Weiterentwicklung von Beschäftigten in verwandte aufstrebende Bereiche wichtig, in denen Fähigkeiten und Arbeitserfahrung weiter genutzt werden können. Eine Ausweitung der Erwerbspersonenpotenziale, Qualifizierung und gute Ausbildung sowie eine faire Entlohnung sind dabei entscheidend.

- **Mindestlohn anheben, Tariftreuegesetz einführen, Anpassung des Bürgergeldes, mehr Chancen für Minijobber:** Neben Mindestlöhnen, die dazu beitragen, Lohnungleichheit zu reduzieren, braucht Deutschland das Tariftreuegesetz. Es gewährleistet, dass nur Unternehmen mit tarifvertraglichen Strukturen öffentliche Aufträge erhalten. Das stellt einen wesentlichen Beitrag gegen Lohndumping dar. Das Bürgergeld muss die richtige Balance wahren zwischen der Unterstützung Bedürftiger und der Sicherstellung, dass das System nicht ausgenutzt wird. Das Bürgergeld stellt kein bedingungsloses Grundeinkommen dar. Eine zielgenauere Ausgestaltung soll Missbrauch verhindern. Berufsbegleitende Qualifizierung und Jobaufnahme müssen stärker verknüpft werden. Ein »Sozialversicherungsbonus« kann Minijobber motivieren, in sozialversicherungspflichtige Jobs zu wechseln; darauf kann die geplante Begünstigung von Teilzeitausweitung fokussieren;
- **Bessere Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt:** Deutschland verzeichnet gute Fortschritte bei der Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt und liegt hier laut OECD deutlich über dem Durchschnitt vieler anderer EU-Länder. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen und die Überwindung von Sprachbarrieren stellen jedoch weiterhin Herausforderungen dar. Für eine vollständige Teilhabe sind deshalb weitere Anstrengungen erforderlich;
- **Stärkere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt:** Investitionen in Kinderbetreuung und Pflegeangebote sind notwendig, um Frauen den Berufseinstieg zu erleichtern. Finanzielle Anreize und flexible Arbeitszeiten sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Selbstbestimmte Arbeitszeiten im Sinne einer »X-Tage-Woche« können die Teilzeitfalle und das Abknicken beruflicher Entwicklung vermeiden. Zudem sollte die Abschaffung der Lohnsteuerklassen III/V umgesetzt und das Ehegattensplitting in Richtung eines Realsplittings reformiert werden;
- **Ausländische Fachkräfte gewinnen und binden:** Um die Abwanderung ausländischer Fachkräfte zu verhindern, sollen Willkommenskultur, Integration von Familien und berufliche Entwicklung gefördert werden. Behördliche Prozesse zur Arbeitsgenehmigung müssen beschleunigt werden. Eine Genehmigungsfiktion bei der Beschäftigungserlaubnis kann dazu einen Beitrag leisten;
- **Trend bei der Qualifikation umkehren:** Über 2,5 Millionen junge Erwachsene haben keinen Berufsabschluss. Niederschwellige, modulare Ausbildungsangebote und bessere Anreize für betriebliche Ausbildungen können diese Lücke schließen;
- **Freiwilliges Längerarbeiten fördern:** Finanzielle Anreize wie Steuer- und Beitragsvergünstigungen und flexible Arbeitsbedingungen sollen ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsmarkt halten. Rentenaufschubprämien und eine rechtssichere Befristung für Beschäftigte nach Erreichen der Altersgrenze sind weitere Maßnahmen.

## 5. Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung: Effizienz steigern

Komplexe bürokratische Prozesse und langwierige Genehmigungsverfahren hemmen Investitionen und Innovationen. Erste Schritte zur Vereinfachung sind eingeleitet; sie reichen aber nicht. Die neue Bundesregierung sollte daher Bürokratieabbauquoten für die jeweiligen Ressorts definieren und kontinuierlich evaluieren. Jährlich wird dazu ein Bürokratieentlastungsbericht im Parlament vorgelegt.

- **Die Umsetzung der EU-Richtlinie CSRD** (Corporate Sustainability Reporting Directive) muss so gestaltet werden, dass sie den Unternehmen nicht unnötige Bürokratie auferlegt und tatsächliche Verbesserungen in den Geschäftsmodellen fördert;
- **Aussetzung des Lieferkettensorgfaltsgesetz bis zur EU-Regelung:** Für diesen Zeitraum soll ein komplettes Moratorium in Bezug auf neue Berichtspflichten o. ä. gelten;
- **Ein neues Mindset bei Planungs- und Genehmigungsverfahren** – insbesondere geprägt von klaren Fristen, dem Ermöglichen von Projekten und Transformation und Digitalisierung sowie Genehmigungsfiktionen – sind der Schlüssel zu Schnelligkeit;
- **Einrichtung von zentralen One-Stop-Shops:** Bündelung von Genehmigungsverfahren, aber auch von Fördermittelberatungen an einer, notfalls alleinentscheidungskompetenten Stelle;
- **Abbau von Doppelregulierungen und Vermeidung von Gold Plating:** Überprüfung und Reduzierung redundanter Vorschriften auf nationaler und EU-Ebene zur Entlastung der Unternehmen; kein zeitliches Vorziehen europäischer Regelungen;
- **Digitalisierung der Verwaltung:** Förderung digitaler Verwaltungsprozesse zur Steigerung der Effizienz und Transparenz.



## **Zukunft braucht Mut**

Die zweite Hälfte der 20er Jahre wird zu den schwierigsten und herausforderndsten in der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte gehören.

Es geht um den Dreiklang von Wettbewerbsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt und nachhaltiger Transformation. Dazu bedarf es eines konsistenten ökonomisch-sozialen und transformationspolitischen Programms mit den richtigen Schwerpunkten und Prioritäten.

Das Land hat keine Zeit zu verlieren und braucht klare und verlässliche Zukunftsentscheidungen. Daran hängt nicht nur der Wohlstand und der Zusammenhalt in unserem Land, sondern dies entscheidet auch ganz wesentlich darüber, welche Rolle Deutschland und Europa in der veränderten geopolitischen und geoökonomischen Situation einnehmen können.

Die Trendwende ist möglich, aber eine gute Zukunft braucht Mut.

## Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)  
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)  
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)  
Matthias Machnig (Vizepräsident)  
Philipp Schlüter (Vizepräsident)  
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)  
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 86388330  
E-Mail [mail@spd-wirtschaftsforum.de](mailto:mail@spd-wirtschaftsforum.de)  
Internet [spd-wirtschaftsforum.de](http://spd-wirtschaftsforum.de)

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

Januar 2025